

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Donnerstag, den 6. September 1906.

13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zur polnischen Frage.

Im ganzen deutschen Reich gibt es wenig mehr als drei Millionen Polen! Na und für sich zweifellos eine quantité négligeable (unbeachtliche Minderheit) in des Wortes verwegener Bedeutung unter den mehr als 80 Millionen Einwohnern des deutschen Reiches. Und doch hat die preussische Staatskunst es fertig gebracht, uns eine „polnische Frage“ zu beschereu und damit eine Suppe einzubrodern, an der wir lange zu zehren haben. Man braucht diese winzige Zahl polnischer Mitbürger, die ja nicht einmal in einem Landesteil beisammen wohnen, sondern über verschiedene Gegenden des Reiches zerstreut sind, nur in Ruhe zu lassen. Aber man bekam es nicht fertig. Warum nicht? Das „nationale Interesse“ verbietet es, so sagt man uns. Die Polen bilden eine „nationale Gefahr“, die „zum Schutze des Deutschlands“ bei Zeiten bekämpft werden müsse. Da aber wir Sozialdemokraten nicht die Leute sind, uns von so nebelhaften Redensarten imponieren zu lassen, so wird man zuweilen auch deutlicher und behauptet, die Polen streben danach, das alte polnische Reich wieder herzustellen und zu diesem Zwecke große Landestheile von unserem deutschen Reich abzubrechen.

Ob eine solche Bewegung wirklich neuwertigen Anhang in der polnischen Bevölkerung hat, wissen wir nicht. Wenn es der Fall wäre, so befänden sich die Polen in genau derselben Lage, wie in den Jahren 1806 bis 1813 die Deutschen, und das deutsche Reich spielt ihnen gegenüber die Rolle Napoleons. Gerade in diesen Tagen ist es Zeit, daran zu erinnern. Am 26. August waren bekanntlich 100 Jahre verflossen, seit der Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm auf Napoleons Geheiß von einem Kriegesgericht ermordet wurde — von einem jener famosen Kriegesgerichte, wie wir sie gegenwärtig in den Disprovinzen und im übrigen Rußland so häufig am Werke sehen. Aus Anlaß dieses Gedenktages haben die „patriotischen“ Blätter Erinnerungsblätter gebracht, und in diesen zeigt sich die Analogie, die Uebereinstimmung der damaligen deutschen mit der heutigen polnischen Lage in geradezu überraschender Weise.

Ein Unterschied freilich war da, der sich nicht verkennen läßt; doch steht er keineswegs die neu-deutsche Staatskunst in ein günstiges Licht. Napoleon hatte es nicht mit einem winzigen Häuflein zu tun, sondern mit der gesamten deutschen Nation. Wäre sie trotz vorzüglicher und kluger Politik aufrechter geblieben, so hätte man Napoleon noch lange nicht den Vorwurf machen können wie den modernen Staatskennern, die 3 Millionen Polen nicht zur Ruhe bringen können. Aber im übrigen war die Lage die gleiche. Napoleon hatte in Deutschland seine Herrschaft mit Waffengewalt aufgerichtet. Doch bedeutete das zunächst weiter nichts als die Verjagung von etlichen Duzend kleiner Fürsten und Fürstchen, und die Ersetzung einer Anzahl veralteter, despotischer Verfassungen durch modernere freiheitliche Gesetze. Dem Volke waren seine „angestammten“ Fürsten höchst gleichgültig, und die Begrenzung des mittelalterlichen Plunders durch bessere Gesetze war ihm eine Wohltat. Es stand also zunächst der Franzosenherrschaft keineswegs feindselig gegenüber. Aber nun begann eine furchtbare Bedrückung und Ausraubung des Volkes. Ob hieran nur Napoleons Grausamkeit Schuld trug, mag dahingestellt bleiben. Wir sind die letzten, die etwa an diesem Blut- und Eisenmenschen sentimentale Blicke aufzubringen freiben. Doch halten wir ihn für klug genug, um die schließliche Empörung als notwendige Folge dieses Systems vorauszu sehen. Fragt sich nur, ob er anders konnte. Er stützte sich nur auf die Gunst der Armeen. Außerdem wußte er, daß ihm noch eine Reihe von Kriegen bevorstand. Er mußte also die Armeen unterhalten, und Frankreich, das seit 16 Jahren bereits von den Stürmen der Revolution durchbraut wurde, das überdies durch die jahrhundertelange Mißwirtschaft des Junkertums an den Rand des Abgrundes gebracht war — Frankreich konnte die Truppenmassen, die Napoleon brauchte, nicht ernähren. Somit blieb nichts weiter übrig, als in Feindesland ihren Unterhalt zu suchen, d. h. durch Kontributionen, Raub, Plünderung. Das war es, was den Haß des deutschen Volkes gegen die Franzosenherrschaft entfachte und dieser zuletzt ihren Untergang bereitete.

Vergleichen wir nun damit die heutige Lage der Polen. Auch sie befinden sich unter einer nationalen Fremdherrschaft. Und wenn sie wirklich danach trachteten, sie abzusütteln und ein unabhängiges Polenreich wieder herzustellen, so würden auf sie all die Lobpreisungen zutreffen, die man uns gelehet hat, den Schill und Yorck, den Stein und Hardenberg und den anderen „Hochverrätern“ aus dem ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zu zollen. Aber während Napoleon für seine ihm selbst verderbliche Bedrückungspolitik eine Entschuldigung hatte in der Notlage, in der er selbst sich befand, steht unseren heutigen Staatsmännern keine solche Entschuldigung zur Seite. Napoleon konnte das deutsche Volk

nicht in Ruhe lassen, denn er brauchte die Kriegskontributionen. Und selbst die schrecklichen Morbiden, die er durch seine Kriegesgerichte vollbringen ließ, finden eine gewisse Erklärung in dem Kriegszustande, der damals tatsächlich bestand. Der Krieg macht nun einmal die Menschen zu Bestien, und der Soldat, der um sich Freund und Feind fallen sieht, lebt notwendig in der Anschauung, daß es auf einen mehr ja gar nicht ankomme. Nichts von alledem trifft heute zu. Keine äußere Notwendigkeit zwingt die preussische Regierung, den Polen ihre Sprache zu nehmen, ihnen die Geschäftslässigkeit zu erschweren, den Landwerb zu unterbinden und was dergleichen mehr ist. Und wenn noch keine Todesurteile vorgekommen sind, so leben wir ja nicht im offenen Kriegszustande. Für Freiheitszeiten aber wiegen die langjährigen Buchhaus und Gefängnisstrafen ebenso schwer. Die preussische Regierung wiederholt also alle die Fehler, die Napoleon beging, ohne doch seine Entschuldigungen für sich zu haben, und wenn es wirklich einmal zu einem polnischen Aufstande und zur Verdrängung der polnischen Landestheile käme, so wäre das nur die notwendige Folge der Regierungspolitik, die auch früher oder später eintreten wird, wenn nicht andere Umstände ihr entgegenwirken. Sind doch in der vorigen Woche auf dem sogenannten „deutschen Tage“ zu Marburg erst wieder Pläne entworfen worden, die darauf abzielen, den Polen auf „gleichliche“ Weise ihren Grund und Boden wegzunehmen und sie damit außerhalb der Reichsverfassung zu stellen! Das kennzeichnet so recht Methode und Wirkungen dieser Art von Politik. Na und für sich könnte gerade eine solche Maßnahme der großen Masse des polnischen Volkes ziemlich gleichgültig sein. Der Proletariat kommt selten zum Landwerb, und wenn er dazu kommt, hat er nicht viel Freude daran. Aber empören muß ihn das Bewußtsein, daß Rechte, die andere Leute besitzen, den Polen genommen werden, nur weil sie Polen sind. So ist die preussische Politik am Werke, genau denselben Haß in das polnische Volk zu tragen, den Napoleon vor 100 Jahren ins deutsche Volk trug.

Ist daran nun wirklich nur die Unfähigkeit der leitenden Personen Schuld? Es fällt uns im Traume nicht ein, den Einfluß von Personen auf die Ereignisse der Tagespolitik leugnen zu wollen.

Dennoch wäre es verkehrt, einzelnen Personen die ganze Schuld für diesen völlig verfehlten Kurs aufzubürden. Die leitenden Politiker — wir haben das oft genug ausgeführt — sind die Träger und Ausführer des Willens derjenigen Kreise, die im Staate die Macht in Händen haben. Und was für Anschauungen diese Kreise über das Verhältnis zwischen ihnen und dem Staat haben, das haben wir erst kürzlich an dem Beispiel der Firma Woermann gezeigt. Patriotismus ist für sie eine hohe Pflicht, aber eine noch höhere ist die Aabelung des goldenen Kalbes. Sie leben der Ueberszeugung, daß nur derjenige dem Vaterlande wahrhaft dient, der für das Wohlergehen und die Bereicherung der Besitzenden — das sind sie selber — sorgt. Das Interesse der Besitzenden und das Interesse des Vaterlandes — das ist für sie ein und dasselbe. Und somit halten sie es für ganz selbstverständlich, daß die Politik und die Mittel des Staates in ihrem Interesse angewandt werden. Nur so sind die großen Profite erklärlich, welche der Güterhandel im Osten den Besitzern auf Kosten des Staates gebracht hat, nur so ist es erklärlich, daß ein so ungeheurer Gedanke, wie der der zwangsweisen Enteignung der Polen, überhaupt ernsthaft in Erwägung gezogen werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Nachfolger Hohenlohes, des Kolonialprinzen, ist bereits definitiv ernannt und zwar, wie gestern schon angekündigt, in der Person des bisherigen Direktors der Darmstädter Bank, Bernhard Dernburg. Derselbe erhält den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat Excellenz. Da die neue Excellenz angeblich das Fegen mit dem eisernen Besen versteht, so kann sie im Kolonialamt dieser Beschäftigung mit Eifer obliegen. — Uebrigens soll Hohenlohe nicht ganz freiwillig gegangen sein, sondern vom Reichskanzler einen sanften Rippensstoß erhalten haben. Als Pfaffen auf diese Wunde soll der Kolonialprinz als Nachfolger seines Vaters auf den Statthalterposten in Elsaß-Lothringen in Aussicht genommen sein.

Bomben gegen die Kolonialmacher. Mit den Kolonialstandalen beschäftigte sich auch der Alldeutsche Verband in seiner Sitzung am Sonntag. Eingeleitet wurde die Debatte durch einen Vortrag des antisemitischen Abgeordneten Lattmann, der sich infolge seiner vorjährigen Sprichfahrt nach Westafrika für befähigt hielt, über den Neuaufbau der deutschen Kolonialpolitik zu reden. Bei der Besprechung der Kolonialstandale mußte er dabei zugeben, daß unverbältnismäßig viel ungeeignete und charakterlose Elemente in der Kolonialverwaltung untergeschlupft gefunden hätten. Generalleutnant von

Liebert, der Obermacher vom Reichsbittelverband, war sehr entzückt über die Ausführungen des antisemitischen Abgeordneten, und meinte, den Vortrag Lattmanns hätte der Reichstag hören müssen, dann würde auch dort aus manchem Saulus ein Paulus geworden sein. (Zuruf: Erzberger!) Gegen den Abgeordneten Erzberger und überhaupt gegen das Centrum hegte dann Herr von Liebert wie folgt: „Wir haben ja gegenwärtig einen Apostel in Deutschland, der es versteht, alle 14 Tage dem deutschen Publikum einen Teufel kolonialen Giftes einzuzufeln. (Gr. Heiterkeit) Es ist ein Jesuitenkniß, in dieser Weise vorzugehen. Nicht auf einmal alles, was man weiß, in die Öffentlichkeit zu bringen, wird dem deutschen Volke immer eine Bille nach der anderen verkehrt. Schön kann ich das nicht nennen. (Zustimmung und Psuirufe.) Wir müssen es aber ertragen, weil die Partei dieses Herrn gegenwärtig bei uns Trumpf ist.“ (Weider! Weider!) Auch der Kolonialabteilung versetzte Herr v. Liebert einige Rippenstöße, indem er sagte: Für meine Person kann ich sagen: Gelitten unter Pontius und Pilatus. (Große Heiterkeit.) Vier Jahre Afrika! Das heißt, wenn ich mit Pontius und Pilatus die Herren in der Wilhelmstraße bezeichnen darf. (Heiterkeit.) Ich habe damals, als ich in die Kolonien ging, gesagt, ich wäre bereit, braußen zu sterben, die Herren Diplomaten haben mich aber nicht sterben lassen, sondern viel früher wieder weggeholt, weil ich es wagte, die Wahrheit zu sagen. (Bewegung.) — Nach Liebert tauchte ein Herr von Strang auf, der einleitend bemerkte, daß er seiner Zeit aus der Kolonialabteilung entlassen worden sei. Herr von Strang sagte unter anderem: „Was soll ich viel von dem Knaben Erzberger reden? Wir werden uns doch von diesem jungen Herrn nicht ins Bodshorn jagen lassen! (Große Heiterkeit.) Wir werden uns doch von ihm nicht blüperen lassen! Was von seinen Angaben wahr ist, wußten wir schon längst! Wir brauchen in den Kolonien kaufmännisch geschulte Beamte, die nicht Betrüge à la Tuppelstirch abschließen. Daß dies geschehen, ist nicht nur die Schuld der betreffenden Beamten, sondern auch der Berliner Handelskammer, die ausdrücklich die Preise der Firma Tuppelstirch für angemessen erklärt hat. (Lebhaftes Gähnen, Heul!) Der Deputiert wird sich geäußert haben: warum soll Tuppelstirch nicht auch einmal zwei Millionen über den normalen Verdienst haben? (Unruhe.) Das sage ich zur Ehre der angegriffenen Beamten.“ Redner wandte sich gegen den „insamen Formalismus“ und gegen die „Humanitätsduselei“. Wir wollen in den Kolonien nicht die Leute zu Christen machen, sondern sie sollen für uns arbeiten! Das wollen wir mal rund heraus sagen! Diese Humanitätsduselei ist geradezu lächerlich. Die deutsche Sentimentalität hat uns einen Mann wie Peters geraubt. (Lebhaftes Bravo.) Das deutsche Kapital liegt an, daß es sein Geld nicht in deutsche, sondern in fremde Kolonien, sogar in die faulen portugiesischen Kolonien steckt. (Lebhaftes Zustimmung.) Das Centrum geberdet sich in diesem Kolonialkampf geradezu sozialdemokratisch und macht in widerwärtigstem Demagogismus.“ — Wir haben hier wieder ein wertvolles Zeugnis dafür, daß den leitenden Herren in der Kolonial-Abteilung die Standale längst bekannt waren. Wenn sie die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen haben, so haben sie sich selbst mitschuldig gemacht. Wir Sozialdemokraten können uns wirklich ins Fäustchen lachen.

Der Kolonialschwärmer Dr. Paasche wurde kürzlich in der „Deutschen Tageszeitung“ angegriffen wegen seiner Beteiligung an kolonialen Gündergeschäften. Sein Name ziert ein Prospekt der Afrikanischen Kompagnie und auch einen Aufzug zur Gründung einer Klimastadion Gesellschaft. Jetzt weiß Herr Paasche nicht, wie sein Name unter diese Papiere gekommen ist. Er schreibt: „Was zunächst die Gründung der Afrikanischen Kompagnie betrifft, so ist es mir zweifelhaft, ob mein Name mit Recht unter dem Prospekt steht. Er habe zwar an einer konstituierenden Versammlung teilgenommen und sich auch schließlich bereit erklärt, den Plan zu fördern. Auf alle Zusendungen habe er dann aber seines Wissens“ niemals wieder geantwortet und sich „eigentlich gewundert, daß sein Name unter dem Prospekt steht.“ Auf dem Prospekt der Klimastadion Gesellschaft sei sein Name auf seinen Wunsch hin gelöscht worden.“ — Wir begreifen nicht recht, warum Herr Paasche sich ziert. Er ist doch kein Badfisch mehr, er weiß doch, daß es noch von Arnolds Zeiten her ehrwürdige Traditionen gewisser Reichstagsabgeordneten ist, ihren Namen „versehenlich“ unter den Aufrufen großer Gründungen zu finden. Er erkundigte sich nur mal bei Herrn Kardouff oder dem Wlvidenden Müller. Freilich, diese sind „nur“ Abgeordnete, wie es Dr. Paasche ist. Aber dieser will Unterstaatssekretär im Kolonialamt werden und daher sein krampfhaftes Bemühen, in der Aera der Tuppelstirch-Affäre, seine kolonialen geschäftlichen Beziehungen abzuleugnen.

Ueber die Kolonialstandale hat sich auch der Zen-

trundobg. Dr. Schäbler öffentlich ausgesprochen, und zwar in einer Versammlung des bairischen Patrimonialrat zu Eutenhausen. Er sagte: Was das Kapitel Kolonien betrifft, so ist es ganz eigentümlich und es gestattet Augenblicke, die nicht sehr tröstlich sind für die Zukunft, wenn wir hören, daß im Reich, und hier darf ich sagen, speziell in Preußen auch Ministerfrauen am Tippelskirch'schen Tische sitzen gehen. Das sind Zustände, von denen man sagen muß, daß sie gar nicht in Ordnung sind. Es ist nicht in Ordnung, daß aktive Staatsbeamte, wenn auch nur mittelbar, durch ihre Frauen an Erwerbseinkünften beteiligt werden, und wenn diese Erwerbseinkünfte, natürlich nicht, weil auch ein Minister durch seine Frau beteiligt ist, sondern wegen der Güte ihrer Waren, wie ich annehmen muß, besonders bevorzugt werden, Büge, die jetzt alle in einem eigentümlichen Licht erscheinen, indem der Nachwort erbracht wird, daß z. B. Schuhzeug das Dreifache gekostet hat, indem der Nachweis erbracht wird bezüglich einer anderen Firma, daß sie um das Doppelte oder Dreifache Verbesserungen nach unseren Kolonien übernimmt. Da muß etwas faul sein im Staat. Dänemark, nicht geographisch gesprochen, sondern etwas weiter herunter, da schadet es gar nichts, wenn mit einem eisernen Besen hineingefahren wird und wenn einmal auch für einen solchen Stall sich einer findet, der den Besen gebraucht. Und selbst wenn in der Hitze des Gefechtes das eine oder andere unterläuft, was nicht ganz richtig ist, da gilt es nicht etwa, sich an die kleinen Unrichtigkeiten zu halten, sondern an die großen Mängel, die gemacht worden sind. (Herr Schäbler spricht diese Worte sehr laut und erregt.) Auch ich erwarte, daß aus diesem Kampf, den Erzberger heraufbeschworen und durchgeführt hat, eine Genugtuung erwächst, daß das Messer angelegt wird, um einmal in diese Eiterbeule hinein und sie herauszuschneiden. Denn sonst hört es auf mit dem fortwährenden Verlesen auf die alten preussischen Grundzüge der Solidität. Wenn man natürlich so wütend ist wie Herr Schäbler, daß man sagt, auf den Reichstag gebe ich keinen Pfifferling, oder: die Eisenbahn wird doch gebaut! Wenn das ein Reichstag sich gefallen läßt, verdient er keine andere Behandlung als wie die mit dem Stiefelabsatz! — Herr Schäbler scheint vergessen zu haben, daß „man“ den Reichstag schon verschiedentlich in der von ihm gekennzeichneten Weise behandelt hat. Und das Zentrum, speziell Herr Dr. Schäbler, hat sich das ruhig gefallen lassen!

Landrätlige Agitatoren. Der Landrat des pommerischen Kreises Pubitz, Herr Eisenhardt-Rothke, gehört allem Anschein nach zu jenen ehrenwerten Mitgliedern der preussischen Bureaucratie, die es gleichermäßen als ihre heilige Amtspflicht betrachten, den einheimischen Viehstand vor der Verheerung durch ausländisches Vieh und die politische Einflucht „ihrer“ Kreisgenossen vor der sozialdemokratischen Infektion zu schützen. Um der Verbreitung sozialdemokratischer Volkskalender entgegenzuwirken, hat er an die Kommunalbehörden des Kreises Pubitz folgendes Schreiben gerichtet:

„In nächster Zeit werden in Pommern 150 000 Exemplare sozialdemokratischer Kalender unentgeltlich verbreitet werden. Es ist nun zu wünschen, daß, ehe diese Kalender ins Land kommen, den Einwohnern gute Kalender zugänglich gemacht werden. Als solche empfehlen sich die aus dem Verlage der Schriftenvertriebsanstalt Berlin SW., Alle Jakobstr. 129, zu beziehenden Kalender „Fleißige Hände“, Kalender für Frauen und Mädchen, und der Kalender „Fleißige Hände“, Volkskalender. 100 Exemplare derselben 6 Mk. 50 Pf. (ohne Fracht). Ich bitte um möglich baldige Benachrichtigung, ob ich solche Kalender und event. wie viel von diesen für die Stadtgemeinde (den Gutsbezirk) schicken lassen soll. Eisenhardt-Rothke, Landrat.“

Der Landrat als politischer antisozialdemokratischer Agitator ist im preussischen Staat und besonders in dessen rückständigen ostelbischen Gegenden eine so alltägliche Erscheinung, daß es sich nicht mehr lohnt, sich darüber aufzuregen, zumal in diesem Fall das Vorgehen des Landrats vorzüglich dazu geeignet ist, die intelligentere Teile der Pubitzer Landbevölkerung über die Qualität der bayerischen Fürsorge des Landrats aufzuklären. Die von Herrn Eisenhardt-Rothke empfohlenen Kalender sind nämlich von einer bewarthen Berühmtheit, daß denen, welchen diese Kalender zugleich mit den sozialdemokratischen Kalendern in die Hände kommen, selbst bei sehr flüchtigem Vergleich der Unterschiede auffallen muß. Die Wertlosigkeit der konservativen Kalender, wie man den Landboten gegen gutes Geld aufdrängt, wird diesen also praktisch vor Augen geführt — und die Folgerungen werden kaum sehr günstig für die landrätlige Bemühungen lauten.

Der Miß zwischen Zentrum und Polenium wird in Oberschlesien immer größer. Neuerdings hat ein schlesisches Zentrumsorgan, die „Schles. Volksz.“, sogar schon gegen *Franz Wallfahrt* Front gemacht, wenn diese von Schlesien aus nach Galizien und Polen unternommen werden. Diese Wallfahrten, so meinte das Breslauer Zentrumsblatt, seien nur ein Dekrement für die großpolnische Propaganda. Für die ober-schlesische polnisch sprechende Bevölkerung würde auch in Oberschlesien selbst für Geist und Gemüt genügend geboten. Auf diesen Artikel antwortet jetzt der Abgeordnete Koranyi in seinem „Vollat“ in einer ausnehmend geritzten und gepfefferten Erwiderung: „Ein gewisser Herr Feja schreibt in der „Schlesischen Volksz.“ brutal und unehrlicher über unsere nationale Bewegung sowie über unsere Bestrebungen; die polnische Gesellschaft und das Volk stellt sie in das schlechteste Licht. Das ist gewiß ein ober-schlesischer Geistlicher, ein verpreußetes Kind des politischen Volkes. Von dem polnischen Volk meint er, es habe kein Verständnis für die religiösen Wahrheiten, es betätige seine religiöse Überzeugung durch äußerliche Teilnahme an dem öffentlichen Gottesdienst als eine Art Gefühls- gymnastik. Diese Gefühls- gymnastik beuteten die großpolnischen Agitatoren und die Gesellschaft von Czestochau und Galizien aus und gaben dem Volk die Möglichkeit, die Gefühls- gymnastik zu pflegen. Daneben fehlen die polnischen Geistlichen während der Abfälle Musik-, Theater- und andere Aufführungen ins Werk, nur was polnische Volk an sich zu setzen, zu größerer Opferfreudigkeit anzuregen und auszubilden; es werde nichts unbenutzt gelassen, um den Großen aus der Tasche des Volkes zu ziehen. Er schreibt ferner, daß aus

dieser Ausbeutung sich zweifelhafte Jabbibuen, die in ihren Parochien keine Einnahmen haben, ernähren. So schreibt ein Geistlicher über Geistliche, welche diese Polen sind! Das sind unerhörte Beleidigungen, die dem polnischen Volk und der Gesellschaft ins Gesicht geschleudert werden, und Schimpf und Schande gebührt einem Katholiken dafür, daß er so nichtswürdige Verleumdungen aus der Feder seiner Sprachrohr gegen die polnische Gesellschaft verstreut. Dem Schreiber des Vollats können mir nur raten, ganz ruhig zu stehen, wenn er ein Glasdach über seinem Kopfe hat, denn solche Hegen genug in Oberschlesien, mit denen man das Volk einschlagen könnte, unter dem gewisse ober-schlesische Geistliche stehen. Uns des Hohen Schribens wollen wir nicht in das Weppennest greifen; so viel können wir jedoch sagen, daß es keinen schlimmeren Ausbeuter des ober-schlesischen Volkes gibt, als gewisse ober-schlesische Zentrumsgesellschaft. Es gibt auch nirgends in Polen so viel Geistliche wie in Oberschlesien, die aus ihren vornehmen Leuten bewohnten Parochien ein Jahresgehalt von 30, 40 und mehr Tausend Mark beziehen würden. Das polnische Volk kann sich wieder einmal überzeugen, mit welchen Mitteln diese verpreußeten Geistliche gegen das Volk und gegen die polnische Gesellschaft kämpfen. Wenn mit dem polnischen Volk wegen dieser Willkürfahrten ein Kampf stattfinden soll, so möge er sein. Das Volk kann bei diesem Kampfe nur gewinnen, die germanisatorischen Geistlichen nur verlieren, die, um der katolischen Regierung zu gefallen, willens sind, die national-polnische Bewegung zu bekämpfen. Sie verlieren jedoch bei diesem Kampfe, denn das Volk könnte, wenn es ihre schlechten Absichten durchschaut, seinen Geldbeutel schließen und ihre Einnahmen verringern.“ Man erfährt aus diesen leidenschaftlichen Ausdrücken gegen die Zentrumsgesellschaft wieder einmal aufs deutlichste, daß ein friedliches Zusammenleben zwischen Zentrum und Großpolenium in der früheren ober-schlesischen Zentrumsdomäne nicht mehr möglich ist. Die Folge wird nach den bisherigen Erfahrungen sein, daß das Zentrum die Reichstagsmandate, die es bisher noch in Oberschlesien inne gehabt, bei den nächsten Wahlen voraussichtlich verlieren wird.

Nicht Kopf, nicht Keilige schützen die steile Höh, wo Fürsten Rehen — so heißt es bekanntlich in der preussischen „Nationalhymne“. Aber in der Praxis der Gegenwart werden doch Kopf und Keilige angeboten zum Schutze des Herrschers. Und nicht wenige! In den nächsten Tagen geht der Kaiser zu den Manövern nach Schlesien. Da meldet nun der Telegraph: Zur Verstärkung der Breslauer Schutzmannschaft während der Abwesenheit des Kaisers in Breslau werden am 5. September 3 Wachtmeister und 45 Schutleute aus Berlin, je ein Wachtmeister und 15 Schutleute aus Posen und Stettin und 20 berittene Gendarmen der sechsten Gendarmenbrigade in Breslau eintreffen. Also rund hundert Mann, die nicht allein die Bewachung Wilhelm II. übernehmen sollen, sondern zusammen mit der Breslauer Schutzmannschaft, die ja durch ihre Heldentaten auf dem Striegauer Platz ihre Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Wie viel hatte doch der alte Schwabener Herzog Oberhard im Worte vor dem modernen Monarchen voraus! Er konnte in sich sagen, daß er sein Haupt ruhig jedem „Untertanen“ in den Schoß legen könne. Heute zieht man Schutzmannmannern um die Monarchen, obwohl diese bei festlichen Gelegenheiten hoch oft so schön von der Treue ihrer „Untertanen“ zu reden wissen. Ein Berliner Blatt bespricht sich darüber, daß gerade die Berliner den auswärtigen Monarchenschutz bezahlen müssen: „Es ist für Berlin nachgerade ein unhaltbarer Zustand, daß bei Kaiserbesuchen in der Provinz stets die Berliner Schutzmannschaft durch Abkommen-derungen geschwächt wird. Der Sicherheitsdienst der Stadt Berlin, deren Einwohnerschaft die Schutleute bezahlt, muß notgedrungen darunter leiden. Was bekommt Berlin dafür, wenn die Schutleute anderswo Dienst tun?“

Wer war und ist noch Tippelskirch's Gönner? In einem augenscheinlich von gut informierter Seite ausgehenden Artikel erörtert das „Stuttgarter Zentrumsblatt“ die Frage: Wer war der mächtige Gönner, der in der Lage war, der Firma Tippelskirch einen solchen Monopolvertrag zu verschaffen? Wenn Müller und Schulze aus Kolonialamt gegangen wären, sie hätten nie einen solchen erhalten. Was also hatte Tippelskirch voraus, daß er schon 1896 so gut abschloß? Die Willigkeit seiner Waren in keinem Falle, denn schon an der Wiege des Tippelskirch-Vertrages standen die 100 Prozent Zuschlag zu fertigen Waren, die Tippelskirch erhob. Und zum Beweise dafür, daß dieser Zuschlag schon 1896 im Auswärtigen Amt bekannt war, erzählt das Blatt folgendes:

„Der Leiter einer Expedition in die Sübje kannte damals die Quelle, aus der Tippelskirch bezog, und er kaufte bei dieser selbst ein, z. B. Patronentaschen zu 1,60 Mark, für welche Tippelskirch damals 3,20 Mark erhielt, also 100 Prozent Zuschlag! An der Legationskasse stiel schon damals diese Keilige Differenz auf; man hat sich wohl auch an Tippelskirch gewendet, aber ohne Erfolg; er meinte nur zu dem Leiter jener Expedition: „Wie können Sie nur so meine schönen Preise verderben!“

Doch trotz dieses und weiterer ähnlicher Erlebnisse blieb Tippelskirch oben auf. Es fällt sehr schwer, wie das Blatt zutreffend bemerkt, als Grund hierfür allein die Unfähigkeit der Beamten anzunehmen. Es müssen andere Einflüsse geherrscht haben: „Jedenfalls stand ein höchst einflussreicher und mächtiger Gönner hinter dieser Firma! Ja, wenn Rommertzienrat recht reden wollte!“ Dessen Kommissionshaus habe jahrelang vergebens gesucht, auch Lieferungen für die Kolonialabteilung zu erhalten. Er habe sich nie erklären können, warum er mit allen überseelischen Bestrebungen ins Geschäft kommen konnte, nur mit der deutschen Kolonialabteilung nicht! Dort fand er stets festgeschlossene Türen und der Kegel an der Tür hieß — Tippelskirch. Seit einigen Jahren klage aber Hecht nicht mehr. Er sei ein sehr gewiegener Geschäftsmann, und so sei er jetzt mit Tippelskirch und Boddieslaski eng befreundet, er sei auch Mitglied des Immobilien-Syndikats, das die Fabrik für Tippelskirch in der Lehretstraße erbaute, und somit — Herr des Herrn Landwirtschaftsministers geworden! In

letzter Zeit habe man vielfach den Gönner von Tippelskirch in der Person des jetzt ausgeschiedenen Geheimrats Hellmann vermutet. Das beweist das Blatt jedoch. Hellmann's Einfluß war gewiß groß, das beweist schon sein kolonialer Exzentrik „Wasa Polak“. Sein Einfluß hätte bestimmt so weit gehen, daß ein aktiver Staatssekretär bei einem Hauptgespräch mit dem Reichskanzler (L. v. Bismarck), der eine Aufsichtskommision in dem Geschäftlichen dieser wichtigen Unternehmung für Hellwig zu bestellen. Hellwig war bei Personalpräsident Hellwig hatten in der Tat alle Hände voll zu tun. Auch hier aber war Hellwig der Tippelskirch-Verträge war Hellwig hervorragend beteiligt; ja, es steht auch fest, daß Hellwig bei Hellmann Tippelskirch über den Wortlaut des Vertrages hinaus noch mindestens fünfzig Zusatzbedingungen gegeben hat, die jetzt ein Hauptbestandteil der jetzigen Lösung bilden.“ Die Kolonialabteilung erachtete sich an diese mißbilligen Zusicherungen gebunden, obwohl doch Hellwig wenn Hellwig noch beachtet zu solchen Zusicherungen was und noch dazu jetzt aus dem Aste ausgeschieden ist. Aber gerade dieser Umstand, daß diese mißbilligen Zusicherungen jetzt noch so hoch bewertet werden, lege die Frage nahe, ob die Firma nicht noch über einen höheren Gönner verfüge, dessen Einfluss Hellwig schließlich nur gewesen sei? Denn „allein hätte Hellwig der allgewaltige Hellwig solche Dinge kaum wagen können; er war ja noch lange keine Eggelung Hellwig.“ Da richten sich die Blicke denn auf einen anderen Namen. Diesen nennt das Zentrumsbblatt aber nicht. Es geht hier plötzlich von dem Gedanken an seinen Artikel ab und bricht eine Polemik mit dem „Berliner Tageblatt“ von Hann, dem es vorwirft, daß es durch seine plumpen, freihändlerischen Angriffe „den Landwirtschaftsminister Viktor v. Bobbekehl viel länger gestützt habe, als es selbst dem Fürsten Bülow lieb gewesen wäre. Es scheint also, als wenn das Zentrumsbblatt den Landwirtschaftsminister als denjenigen bezeichnen will, der schon von Anfang an die Geschäfte für Tippelskirch „gebelehrt“ habe; doch spricht gegen diese Folgerung folgender Schluß des Artikels:

„Für die moderne Frauenbewegung dürfte es interessant sein, daß es drei Frauen sind, welche die erste Rolle in dieser Angelegenheit spielen sollen und die Frage nach dem mächtigen Gönner beantworten: 1. Eine Frau, die Geld verdienen soll und deshalb als unzurechnungsfähig bezeichnet worden ist; 2. eine Frau, die haßt und deshalb unzurechnungsfähig sein soll; 3. eine Frau, die gut zu rechnen versteht und deshalb gewiß unzurechnungsfähig ist. Frauenverschwendung, Frauenhaß und Frauenmathematik sind die drei modernen Größen, die man künftig bei Beurteilung solcher Vorkommnisse in Rechnung stellen muß. Dazu noch eine „fromme Mägd“, dann gibt es hohe Potenzente!“

Damit schließt der Artikel des Zentrumsblatte, der überaus charakteristisch für die Art ist, wie das Zentrum Aufführung in die Korruption und Wernis unserer Kolonialpolitik herbeizuführen sucht. Anstatt klipp und klar aufzusprechen, was er weiß, macht der Gewährsmann des Blattes es sich zur Aufgabe, der Öffentlichkeit neue Rätsel aufzugeben, mit denen sie sich beschäftigen soll, bis es ihm beliebt, die auf die Folter gespannte Neugier durch ein weiteres Lüften des Schleiers wieder ein wenig zu befriedigen. So verhöhrt vielleicht ein zellenhungriger Schwam seine „Wissenschaft“; aber Männer, die als Politiker ernst genommen werden wollen, sollten solche Wege vermeiden.

Aufstand.

Maßnahmen gegen die ehemaligen Dumaabgeordneten. Das Ministerium des Innern hat sämtliche Gouverneure angewiesen, auf die früheren Abgeordneten scharf aufzupassen und vor allem dafür zu sorgen, daß sie keine regierungswidrliche Agitation auf dem Lande treiben. In der Praxis geht diese Direktive darauf hinaus, die früheren Abgeordneten überhaupt nicht zur Berührung mit den Bauern und der großen Masse zuzulassen. Sie werden unter dem verschiedensten Vorwände von den Behörden belästigt und verfolgt.

Winterarbeit. Das Kriegsgericht in Riga schloß die Revision des Prozesses der Kampfgesoffenen ab. 24 Angeklagte wurden zu Zwangsarbeit von 2 bis 15 Jahren verurteilt, 2 Frauen wurden freigesprochen.

Russisches Rechtsverfahren. Man schreibt der „Russ. Kor.“ aus Petersburg, den 2. September: Die russische Justiz erhebt keinen Anspruch von der Regierung in politischen Sachen unabhängig zu sein. Sie rechnet es sich vielmehr zur Ehre an, den Intentionen der jeweiligen Leiter des politischen Rates gefügig zu folgen und es ist bekannt, daß sogar eine und dieselbe Tat je nach der augenblicklichen politischen Stimmung und den Zeitumständen ganz verschieden beurteilt wird. Nur aus diesem Gesichtspunkte ist das Urteil der Petersburger Strafammer gegen den früheren Redakteur der Zeitung „Rassja-Schodnj“ alias „Novodonje Gosodjstmo“ Bobowosow begründet. Er war nämlich dreier Verbrechen angeklagt und zwar 1. die Solbaten zur Gehorsamsverweigerung, 2. das Volk zur Erhebung gegen die Staatsgewalt aufgeföhrt und 3. die Regierungsorgane verleumdet zu haben und wurde schließlich zu einem Jahre Festungshaft und Verbot periodische Organe herauszugeben für 5 Jahre verurteilt. Worin bestanden seine Straftaten? Die Solbaten wurden von ihm zur Gehorsamsverweigerung dadurch aufgefordert, daß er aus einem Provinzialblatt die Erlaubnis über eine Solbatenversammlung in Disziplin abdruckte und in einigen Artikeln die von den Truppen bei der Unterdrückung der Unruhen im Kaukasus begangenen Grausamkeiten verurteilte. Aufreizung des Volkes gegen die Staatsgewalt fand der Staatsanwalt in ein paar Bitaten aus dem sozialdemokratischen und der Abdruck des sozialrevolutionären Programms. In der Anklagerede gab der Staatsanwalt zwar, daß von einer direkten Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung und Aufreizung gegen die Staatsgewalt keine Rede sein könne, er hat aber den Gerichtshof zu berücksichtigen, daß der Angeklagte ein hochgebildeter Mann ist und so zu schreiben versteht, daß die Staatsanwaltschaft mit der Anklagerhebung einen schweren Stand hat bei den in seinem Blatte veröffentlichten Artikeln, man müsse daher zwischen dem Zellen und dem

Was endlich den letzten Punkt betrifft, so wußte der Staatsanwalt selbst anzuerkennen, daß der Wahrscheinlichkeit, den der Angeklagte angezeigte hat, geglaubt sei. „Aber“, fügte er patetisch hinzu, „wer weiß, was geschehen, wenn die Herren des Kluges erwachen müßten.“ Da sie jedoch unglücklich schliefen, so ließ er die Sache liegen. Wenn man diesem Urteil die Festsetzung des Haftbetrags gegen die Rückzahlung des Abdrucks des bekannten Appells der Arbeiterbewegung zur Strafvorbereitung gegenüberstellt, die vor etwa 2 Monaten vor dem selben Strafhammer verurteilt wurde, so sieht man eben wiederum, wie sehr sich die Dinge seitdem geändert haben, wie stark der politische Nerv der Regierung noch aller feilschen Geschäftsrängen, ihn ungräblich festzuhalten zu lassen, noch rechts abgehoben hat. Es steht kaum im vollen Einklang, daß die früher von den Gerichten erteilten Strafverurteilungen von den Gefängnisverwaltungen eigenmächtig und ohne jeden gesetzlichen Grund verhängt werden. Das geschieht in der Regel dadurch, daß die verhältnismäßig milde Bestrafung ohne weiteres in eine sehr empfindliche umgewandelt wird. Man muß nur mal werden die Gefangenen ohne ihre Zustimmung nach entlegenen Orten überführt. Auch sonst sind in der letzten Zeit verschiedene Anlagen und Verschärfungen ausgeführt, die völlig ungehörig sind und die Aufsichtsbehörde erfährt merkwürdigerweise trotz aller Beschwerden der Gefangenen nichts davon. Während aber die Regierung aus jeder gesetzlichen Mitteilung, aus jeder ganz polizeimäßigen Auslassung einen Vorstoß gegen die Staatsordnung herauszufinden sucht, trägt der amtliche Regierungsbescheid keine Bedenken, das Programm des reaktionären Bundes des russischen Volkes zu veröffentlichen, das jedenfalls viel schärfer gegen die jetzt geltenden Grundgesetze des Reichs verfährt, da es Wiederherstellung des Absolutismus und Abschaffung der Volksvertretung fordert. So steht es mit der „berühmten“ Geschäftsstelle des Kabinetts Stolypin aus.

Die Sozialisten und die anarchoischen Rand- und Mordtaten. Die rechtsstehende Presse sucht immer die wahre Lage im Lande dadurch zu vertuschen, daß sie alle Untaten des Böbels oder des völlig zur Verzweiflung getriebenen Bauerntums den Revolutionären in die Schuhe schiebt. So wurde vor kurzem behauptet, daß alle „Expropriations“-Fälle, die jetzt öfters von Leuten zweifelhafter Existenz stattfinden, seitens der „Bundisten“ und anderer sozialistischer Organisationen verübt worden. In Wirklichkeit ist es aber eine dreiste Lüge, da die sozialistischen Organisationen ausdrücklich gegen solche demoralisierenden Ausschreitungen sind; sie fordern das Proletariat energisch auf sich von solchen Untaten fernzuhalten. Wenn aber nichts desto weniger solche „Expropriationen“ stattfinden, so ist es nur dem Umstande zuzuschreiben, daß im Lande eine Anarchie herrscht, an der die sozialistischen Organisationen am wenigsten Schuld sind. Alle ihre Bestrebungen, die anarchoische Bewegung zu organisieren und ihr eine kulturelle Form zu geben, scheitern an den Maßregeln der Regierung, die eine freie gewerkschaftliche Organisation nicht dulden will.

Rumänien. Ein neuer Kämpfer für den Sozialismus ist in Rumänien entstanden. Die jüdischen Arbeitermassen Rumäniens, die bisher den doppelten Druck des Kapitalismus und der schamlosen nationalen Unterdrückung stumm über sich haben ergehen lassen, beginnen sich zu rühren. Das Ideal des Sozialismus beginnt nun auch ihnen zu leuchten und als Anlag zu einer jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich eine „Kommission zur Verbreitung sozialdemokratischer Literatur in den jüdischen Arbeitermassen“ gebildet. Die Kommission hat einen Aufruf „An alle jüdischen Arbeiter der ganzen Welt erlassen, in dem sie die elende ökonomische und politische Lage des rumänisch-jüdischen Proletariats schildert und als einzigen Ausweg auf den Sozialismus hinweist. „Unsere Not, unser Elend“, heißt es in dem Aufruf, „wächst mit jedem Tage, der Verrat unserer jüdischen Bourgeoisie wird immer schwächer; mehr können und dürfen wir nicht ertragen, ein Ausweg muß gefunden werden — und dies ist der Sozialismus, nur er kann den jüdischen Arbeiter mit seinem christlichen Bruder vereinen, nur er kann uns von der ökonomischen, politischen und nationalen Knechtschaft befreien. Von unseren Brüdern der ganzen Welt haben wir gelernt, wo unser Feind ist; der Kampf unserer Brüder in Rußland, Galizien und Amerika hat uns die Augen geöffnet und gezeigt, daß alle unsere Angriffe nur gegen die moderne soziale Ordnung, gegen den Kapitalismus und seine Diener — den bürgerlichen Staat — gerichtet sein müssen. . . Eins aber dürfen wir, rumänisch-jüdische Arbeiter, nicht vergessen: wir müssen bedenken, daß unser Kampf für Freiheit ein Kampf für die Freiheit aller Arbeiter Rumäniens und in letzter Instanz auch der Arbeiter der ganzen Welt ist. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Vereinigung der Arbeiter aller Nationen und Länder!“ Wie wünschen dem neuen Kampfgenossen viel Erfolg in dem schweren Kampf gegen unseren gemeinschaftlichen Feind!

Mexiko. Eine neue Revolution? Aus Papieren, die die mexikanischen Behörden beschlagnahmten, geht hervor, daß in 40 Städten Mexikos die Revolution organisiert ist. Unter den mexikanischen Einwohnern von Nogales und Douglas Arizona und den Grenzorten Sonoyta und Agua Prieta auf amerikanischer Seite herrscht große Unruhe. Ein Angriff auf das Zollhaus und das Gefängnis in Nogales wird alsbald erwartet. Truppen werden an der Grenze gesammelt, um die Bewegung womöglich im Keim zu erstickten. In Douglas Arizona wird behauptet, daß eine starke mexikanische Bande im Anzuge sei, um die Geschäfte auszuplündern und sich mit Waffen zu versehen. Auch aus anderen Orten kommen beunruhigende Nachrichten. Die Bewegung soll angeblich nebenbei auch die Vertreibung der Amerikaner aus den mexikanischen Grenzbezirken bezwecken. Ursprünglich war die mexikanische Bewegung gegen die Amerikaner auf den 16. September festgesetzt.

Lübeck und Nachbargebiete.
Mittwoch, den 5. September.
Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streits sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Säglern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitglidern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Schaefer verhängt worden. Arbeiter, dankt daran!

Die mecklenburgische Parteiliga muß auch in diesem Jahre wieder, weil die Verschiedenheit der Klassenbewegungen in Mecklenburg für heimatslos erklärt haben, in Lübeck stattfinden. Der Parteitag wird zusammen treten am Sonntag, den 21. Oktober. Es sind wieder zwei Verhandlungstage in Aussicht genommen.

Die Milchpreiserhöhung, die ohne jeglichen sachhaltigen Grund von den HOLLÄNDERN und MILCHHÄNDLERN vorgenommen worden ist, findet die auswärtsliche WILLKOMMEN des hiesigen „freisinnigen“ Blättchens. Der „Landbote“ faßt, dem Sinne nach, von einer wohlwollenden „Stellungnahme der städtischen Bevölkerung gegenüber den berechtigten Interessen der Landleute“ und behauptet, daß sich keinerlei Opposition gegen die Erhöhung des Literpreises um 2 Pfg. erhoben hätte. Wie unwahr die letzten Ausführungen sind, kann leicht jeder erfahren, der mit den Milchhändlern darüber spricht, wie die Kunden die erhöhte Forderung aufgenommen haben. Zu einem Boykott im richtigen Sinne des Wortes konnte es natürlich nicht kommen, da die Milch ein ebenso unentbehrliches Nahrungsmittel ist, wie beispielsweise das Brot. Bezeichnend für die Charakterlosigkeit eines Blattes, welches das Organ einer sogenannten Volkspartei sein will, ist es, daß es für eine skrupellose Erhöhung des Preises eines wichtigen, notwendigen Nahrungsmittels eintritt, während es andererseits so tut, als ob es das Vorgehen der Bierbrauereien, das nicht ungerechtfertigter ist, wie das der Milchhändler, bekämpfe. Wenn die Lübecker freisinnige Partei auf demselben Standpunkt steht, wie ihr Blatt, so kann man sagen, daß zwischen ihr und den Lebensmittelwucherern kein wesentlicher Unterschied mehr besteht. — Wie die Stimmung in der Bevölkerung dem Vorgehen der Milchhändler gegenüber tatsächlich ist, das mag folgende Zuschrift beweisen: „Unsere alte Hansestadt führt Krieg! Nicht etwa gegen nordische Könige, sondern gegen Bierbrauer und Milchbauern. Der Bierkrieg ist ja im Hanseater vorgekollert, aber vor versammeltem Kriegsvolk in bestimmte Bahnen gelenkt, aber wie sieht es mit einer Abwehr gegen die Milchverteurer? Sollen die nahen Verwandten unserer lieben Mariner in aller Ruhe die höheren Preise einheimen? Ohne zu den unbedingten Anhängern der Alkoholgegner zu gehören, habe ich hier fast ein Eingreifen der alkoholgegnerischen Vereine gewünscht, wenn nicht alles, was von dieser Seite geschieht, mit einer gewissen Reserve aufgenommen würde. Hier hätte erklärt werden müssen, daß ein Kampf um billigere Milch mindestens so wichtig ist wie ein Kampf um billigeres Bier. Aber auch sonst glaube ich den Akt erwidern lassen zu müssen: Keine Milchverteuerung! Sind denn nicht schon alle Lebensmittel derart im Preise gestellt, daß jedes Mehr schädlich auf die Ernährung gerade der Arbeiterklasse wirken muß? Und wieviel mehr treffen die Befürchtungen über Unterernährung gerade bei höheren Milchpreisen zu. Wir haben eine hohe Säuglingssterblichkeit und sicher wird sie bei einer Verteuerung der Milch nicht geringer werden. Sollen wir da nicht erst recht Front machen gegen die Milchverteuerung? Wir scheitern der Raubzug auf die Taschen der Konsumenten im Weltkrieg bereits gelungen zu sein. Wollen wir uns das wirklich gefallen lassen, haben denn nicht schon die Landwirte durch unsere ganze Reichspolitik Vorteile genug? Die höheren Bierpreise abzumehren scheint mir nicht schwer, da die Biertrinker doch wohl hauptsächlich wir vom „starken“ Geschlecht sind. Aber die Erhöhung der Milchpreise abzuschlagen, das scheint mir eine gute Gelegenheit für unsere Frauen zu sein, einmal zu zeigen, wieviel sie in den langen Jahren von ihren Männern gelernt haben. Wohl lehrt uns die Erfahrung, daß unsere Frauen zum Kriegsführen noch der Schulung in höherer Maße bedürfen. Aber deshalb, ihr Frauen, alle „Wut“ an Deck! Keine höheren Preise für die Milch, oder aber die Milch zurückweisen! Der Kampf kann nicht lange dauern, aber recht aussichtsreich scheint er mir doch zu sein.“

Ein interessanter Krankenkassenstreit. Prinzipiell bedeutungsvoll in der Gerichtspraxis der Krankenkassen ist eine Entscheidung des sächsischen Oberverwaltungsgerichts, über die folgendes berichtet wird: Ein Arbeiter hatte während der Nacht für seine schwer erkrankte Frau, deren Zustand ihm eine sofortige Operation notwendig zu machen schien, die Hilfe eines Kassenarztes angerufen, und da dieser mit der Begründung, es sei zur Operation noch nicht Zeit, sich nicht sofort zur Verfügung stellte, sich an einen Nichtkassenarzt gewandt. Dieser sah die Operation in der Tat als dringend an, nahm sie sofort vor und behielt die Kranke bis zur Genesung in Behandlung. Die Krankenkasse wollte nun zwar die Operationskosten tragen, verweigerte aber die Zahlung der einige hundert Mark betragenden Kosten der Nachbehandlung, indem u. a. darauf hingewiesen wurde, daß nach der Operation für die Nachbehandlung ein anderer Kassenarzt hätte herangezogen werden können; die Einwendung der Frau, daß sie zu diesem kein Vertrauen gehabt habe, sei belanglos. Das Oberverwaltungsgericht entschied jedoch auf das Gutachten einer medizinischen Autorität hin, daß die Operation dringend und unbedingt nötig und es für die volle Wiederherstellung der Kranken wesentlich gewesen sei, daß der Arzt ihres Vertrauens auch weiter zugezogen werde. In dem Kassenstatut siehe ausdrücklich, daß die Kasse für die ärztliche Behandlung in der für die Genesung der Kranken erforderlichen Weise aufzukommen habe, deshalb müsse sie auch die Kosten derselben tragen.

Stadttheater - Provisorium im Stadthallentheater. Die Bilder des neuen Personals für die kommende Winterzeit sind zu sechs Tableau vereinigt worden und werden von heute ab bei Dorchert, F. W. Kappel, Drefalt, Blumenpavillon, Freese und Geyer ausgestellt. Die Theaterangelei in der Stadthalle ist vormittags von 11-1 Uhr und nachmittags von 4-6 Uhr geöffnet, woselbst Abonnementsbestellungen entgegen genommen werden. Aus dem Gerichtssaal. Der 17jährige Dienstknecht K., welcher schon mancherlei auf dem Kerbholz hat, war an den Volksfesttagen bei seinem Onkel in einer Werkbude tätig. Diese Stellung bewachte er, um für seinen Onkel an einem hiesigen Schlachtereier 100 Paar Würste zu holen. Anstatt jedoch dieselben abzuliefern, aß er sie nach Möglichkeit und warf — angeblich den Rest fort. Das Schöffengericht belohnte diese Tat mit 3 Wochen Gefängnis. — Der Kutscher Gr. hat mit seinem Fuhrwerk auf einem Radfahrweg an der Schlutuper Chauffee

gefahren und das vorgepannte Pferd mit einem Beißhaken mißhandelt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Diebstahls zu 10 Mk. und wegen Heberätzung der Straßenpolizeiornung zu 5 Mk. Geldstrafe. — Der Handlungsgehülfe J. hat 2 Paar Glacéhandschuhe, 6 Damenschuhe, 1 Paar Damenschuhe, Samiband, Spitzen, Kleiderstoff und andere Dinge aus dem Geschäft, in welchem er tätig war, gestohlen und seiner Frau geschickt. Er wurde deshalb zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frau, der Gehülfe zur Last gelegt wurde, mußte jedoch wegen mangelnden Beweises freigesprochen werden. — Der Souffleur J., der am Stadthallentheater angestellt war, hat seinem Direktor einen Vorschuß abgeschwindelt und nicht zurückgezahlt. Strafe: 6 Wochen Gefängnis.

Eine große Volksversammlung findet am Donnerstagabend im Vereinshaus, Joha.straße 60, statt. In derselben wird der Vorsitzende des Verbandes der Fleischer, Hensel von Berlin, über: Die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Schaefer und der Zentralverband der Fleischer referieren. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Wegen verurteilter Nützung hatte sich gestern der Tischlergeselle E. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte gehörte zu den Streikenden und hat eines Tages ein Mädchen gefragt, ob es einen Deutigen habe, welcher bei Hitze u. Stroh arbeite. Das Mädchen erwiderte darauf, er solle das wohl nur wissen, um demselben aufzulauern und ihm dann ein Leid zufügen. Der Angeklagte soll dann gesagt haben: „Nachdem man sie bekommen ihn wohl mal an der richtigen Stelle, und dann gnade ihm Gott!“ Hierin sieht die Staatsanwaltschaft den Nützungsverfuch, denn — so falls nicht — die Verurteilung ist gemacht worden, damit das Mädchen dieselben ihrem Bräutigam mitteilen solle und letzterer dadurch bewegt würde, seine Arbeit niederzulegen. Diesem Gedankenflug folgte das Gericht vernünftigerweise nicht, sondern es sprach den Angeklagten frei, da keine Nützung vorliege.

Handelsregister. Am 1. September 1906 ist eingetragen: 1. bei der Aktiengesellschaft in Firma Riga-Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck: Das Grundkapital ist durch den Beschluß der Generalversammlung vom 15. April 1902 von 480 000 Mk. auf 320 000 Mk. herabgesetzt; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma G. Nagel u. Comp. in Lübeck: Die Gesellschaft ist durch den am 19. Juni 1906 erfolgten Tod des Kaufmanns W. A. G. Redelstorff in Lübeck aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann J. A. G. Redelstorff in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. 3. Die Firma Frieda Mohrmann in Lübeck. Inhaberin: M. F. A. Mohrmann geb. Hellmann, des Auktionsnotars A. D. A. Mohrmann in Lübeck Ehefrau. Dem A. D. A. Mohrmann in Lübeck ist Procura erteilt. 4. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma Brauerei Lübeck und Umgebung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. August 1906 festgestellt. Die Dauer der Gesellschaft erstreckt sich bis zum 31. Dezember 1910; eventuell findet eine Verlängerung statt gemäß § 1 des Vertrages. Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrung der Berufsinteressen, Förderung der gewerblichen Interessen der Brauereindustrie, Schutz der Mitglieder gegen unlauteren Wettbewerb jeder Art und Vertretung derselben in allen wirtschaftlichen, insbesondere auch steuerpolitischen Fragen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Geschäftsführer ist der Kaufmann F. C. Sauermann in Lübeck; Stellvertreter des Geschäftsführers ist der Braumeister M. Baumann in Lübeck. Die Gesellschaft wird durch den Geschäftsführer oder dessen Stellvertreter einzeln vertreten.

An Staatskassern und Abgaben gingen im Monat August ein: Einkommensteuer 553 899,26 Mk., Eisenbahnsteuer 32 855,82 Mk., Erbschaftsteuer 26 083,93 Mk., Veräußerungsabgabe 11 086,92 Mk., Stempelabgaben 7 965,60 Mk., Schiffsabgaben 47 495,52 Mk., zusammen 679 389,05 Mark gegen 619 970,67 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 59 418,48 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende August gingen insgesamt ein 1 753 852,16 Mk. gegen 1 648 180,87 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 105 671,29 Mk. mehr.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat August 59 gemeldet; davon entfielen auf Diphtherie 17 Fälle (1 tödlich), Granulose 1, Masern 18, Scharlach 12 und Typhus 11 Fälle (3 tödlich).

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterangelei wird uns geschrieben: Die morgige Aufführung der hochinteressanten Komödie: „Die Erziehung zur Ehe“ ist die unbedingt letzte. Die vorgeschrittene Spielzeit lassen weitere Wiederholungen nicht zu. Außer Kappelbergs: „Der Weg zur Hölle“, der am kommenden Sonntag die erste Aufführung hier erlebt, ist auch noch: „College Crampton“ von Gerhardt Hauptmann mit Herrn Georg Braak in der Titelrolle in Vorbereitung. Am Sonnabend findet die 16. und unwiderrüfliche letzte Aufführung von „Sherlock Holmes“ bei kleinen Preisen statt. Das Stück hat hier, wie überall, einen seltenen Erfolg zu verzeichnen.

pb. Fährdiebstahl. Vom Fluß des alten Gerichtshauses Mengstraße 28 wurde am 1. d. Mts., mittags gegen 12 1/2 Uhr, ein Fahrrad, Marke Superior, mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3495, schwarzem Gestell, schwarzen Felgen, schwarzen Schutzblechen, Torpedo-Freilauf mit Rücktrittsbremse und verwickelter Vordergabel gestohlen. Es trägt die Fabriknummer 77 449.

pb. Hohe Tat. In der Nacht vom 2/3. d. Mts. gerieten auf der Dorfstraße in Dissa zwei Knechte in Streit, in dessen Verlaufe der eine durch Tritte mit den Stiefelabsätzen so schwere Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopf erhielt, daß er in betäubungslosem Zustande in das hiesige Allgemeine Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Täter wurde festgenommen.

pb. Eigentumsvergehen. Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich auf einem Neubau Metalle rechtsmäßig aneignete und an einen Produktenhändler verkaufte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden auch Schlosserwerkzeuge vorgefunden, die er von demselben Bau mit nach Hause genommen hatte, um sie für sich zu behalten.

Wienhof a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Gardi ist die Sperre verhängt.

Obdesloe. Ueber den Bau der Eisenbahnbrücke am Bölligerweg in Obdesloe ist wegen Schnverfärgung und Verlängerung der Arbeitszeit die Sperre verhängt worden. Es wird gebeten, den Zugang fern zu halten. Der betreffende Bau wird ausgeführt von der Firma Schewarz-Riel. Der Vorstand der Bau- und Säglersarbeiterverband Obdesloe.

Renmünster. Vom Bierkrieg. In einer von rund 2000 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung wurde die sofortige Boykottierung aller

Ringbrauereien einmütig zum Beschluß erhoben. Diejenigen Wirte, die in irgend einer Weise die Kontrakte der Arbeiterpartei in der Ausübung ihrer Funktion behindern, sollen ebenfalls boykottiert werden. Wie energisch die Arbeiter vorgehen, beweist, daß in der Versammlung auch nicht ein einziges Glas Bier getrunken wurde.

Mitona. Vom Rangierzug ermalmt. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag kurz nach 12 Uhr mittags auf dem Güterbahnhof in Ditten. Dort war der in der Schwendekstraße Nr. 53 in Gimsbüttel wohnende Rangierarbeiter G. Ehlers mit Rangieren beschäftigt. Er hatte einen Wagen angepöpselt und wollte aus dem Gleise heraustreten, stolperte aber über die Schienen, fiel zu Boden und wurde von dem Zug, der sich bereits in Bewegung gesetzt hatte, über Brust und Kopf gefahren. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde in einem Tragkorb durch die Sanitätskolonne der Eisenbahn nach der städtischen Leichenhalle gebracht. Ehlers war unverheiratet und die Hauptstütze seiner alten Eltern, bei denen er auch wohnte.

Hamburg. Die Raubmörder Holz und Gütlich verhaftet? Nach einer von einem Privatdetektiv an die hiesige Behörde gelangten Nachricht sollen Holz und Gütlich gestern in Luidhorn verhaftet worden sein. Ob die verhafteten Personen wirklich die beiden Raubmörder sind, wird jetzt festgestellt. Beamte der Hamburger Kriminalpolizei haben sich sofort nach Luidhorn begeben.

Rostock. Der Zustand der Klempnergesellschaft ist nun ein vollständiger. Nachdem ein Teil die Arbeit bereits vor 14 Tagen eingestellt, ist der andre nunmehr gefolgt, und hat am letzten Sonnabend die Arbeit bis auf drei Mann niedergelegt. Der Zugang nach Rostock ist streng fernzuhalten.

Otternhof. Ein entsetzlicher Unfall passierte auf der Jungklauschen Biegelei am Habler Kanal. Ein junger Arbeiter geriet mit dem Arm zwischen Treibriemen und Schwungrad der großen Maschine und wurde mit solcher Gewalt herumgeschleudert, daß der unglückliche Mensch augenblicklich zu einer formlosen Masse zerdrückt wurde. Natürlich trat der Tod sofort ein. Der Sohn

des Besitzers wurde, wahrscheinlich bei dem Versuch, die Maschine zum Stillstand zu bringen, ebenfalls sehr schwer verletzt. Doch soll glücklicherweise keine direkte Lebensgefahr für den Verletzten bestehen. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Wilhelm-Theater.

„Die Erziehung zur Ehe“, Komödie in 3 Akten von Otto Erich Hartleben. Benefiz für Karl Jakob. Hartleben, den seit kurzem der lähle Nasen deckt, gehört zu den Dichtern, deren Werke, obwohl in heiterer Form abgefaßt, bei dem kalten Philistrium stets ein unbehagliches Gefühl auslösen. Nicht der Humor, der verjöhrend wirkt, strömt aus seinen Dichtungen, sondern heisende Satyre ist es, mit denen Hartleben die moralische Verwahrlosung der sogenannten guten Gesellschaft geißelt. Die „Erziehung zur Ehe“ schildert in geistreicher Weise die konventionelle Ehefrage in den oberen Regionen. Die Ehe wird gegenseitig als Versorgung aufgefaßt; vorher muß der junge Mann sich erst gehörig — bei anderen Mädchen — austoben, um nachher als Moralfakto öffentlich dafür einzutreten, daß „dem Volke die Religion und der Jugend die Tugend erhalten“ wird. Da Hartleben weit vom Pfad der Alltäglichkeit abweicht, so berührt in seinen Schildern auf den ersten Blick zwar manches seltsam, doch niemals kommt die Langeweile auf. Man kann Herrn Jakob Dank wissen, daß er Hartlebens Komödie zu seinem Benefiz wählte, obwohl sie ihm wenig Gelegenheit gab, sein Können im hellsten Licht zu zeigen. Spielte er doch nur die kleine Rolle des Barons, der zwar einseitig und lässig, aber immerhin gutmütig ist. Der Beifall und die Blumen, die dem Künstler zuteil wurden, müssen als Dank für manche vortreffliche Leistung gelten, die er im Laufe der Saison geboten hat. Vortrefflich war Herr Wunsch als sächsischer Adel, nicht minder glücklich Fr. Walden als Frau Günther, die Mutter des Ehe-kandidaten. Dieser selbst wurde von Herrn Lütt-johann recht annehmbar dargestellt. Als „Braut“ des Vorgenannten bot Fr. Thiersberg eine köstliche

Salon-Unterhaltungsszene im Verein mit Guse, der Schwester ihres Bräutigams (gespielt von Fr. Rupert). Bob verdienten noch die Damen Scheidweiler (Jenny) und Mauro (Meta) sowie Herr Waldheim (Wange). Das Theater war sehr gut besucht. P. L.

Beste Nachrichten.

Larnowitz. Beim Wildern wurden Sonntag früh im Donnerstagschen Walde bei Adjontau zwei Wilderer von zwei Förkern überrascht. Im Handgemenge, bei dem ein Wilderer mit einem Knüttel um sich schlug, entlud sich das Gewehr des einen Förstgehilfen. Die Kugel traf den Wilderer, der sofort tot war.

Wien. Wie die „N. B.-Ztg.“ meldet, explodierte vor der Essigfabrik von Koneris in Krefeld ein Spirituskessel. Sieben in der Nähe spielende Kinder wurden schwer verletzt, fünf davon liegen im Sterben. — Nach dem Ableben eines in den dürftigsten Verhältnissen lebenden Einwohnern von Barenburg fand man in einem alten Femb 197000 Mark eingewickelt.

Düsseldorf. Redakteur Franz Ed vom „Düsseldorfer General-Anzeiger“ ist beim Baden im Rhein er-trunken.

Frankfurt a. M. Die „Frl. Ztg.“ meldet aus Schlus-berbach: Von der Kleinen Zinne stürzte der Redak-teur des „Berl. Tagebl.“, Höber, dadurch ab, daß das Seil riss, an dem er sich festhielt. Der Tod trat sofort ein.

Ludwigshafen. Ein schreckliches Ende nahm eine scherzhafte Steilere zwischen dem Schlosser Karl Nies und dem Tagelöhner Strohmeyer. Letzterer erkletterte einen Baum. Hierbei fiel ihm ein Dolch aus der Tasche. Es kam zu einem Streit, wobei Strohmeyer unbeabsichtigt dem Nies einen Stich in den Unterleib versetzte. Nies starb bald darauf.

Triefst. Bei einem Bootsausflug, welchen der Steuer-aufsichtsbeamte mit seiner aus vier Personen bestehenden Familie unternahm, kenterte das Boot im Kanal Misana. Alle fünf Personen mit dem Bootsführer er-tranken.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Sarg-Magazin
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

V. & A.
Donnerstag abend 8^{1/2} Uhr.

Ein Parterre-Logis zu verm.
Glandorffstraße 40

Ein freundl. Zimmer ist zu ver-mieten
Kadenburger Allee 61, II.

Eine 2 Stubenwohnung zum 1. Oktober für 150 Mk. zu vermieten.
Näheres Arnimstraße 39 a, I.

Gesucht noch einige Mädchen u. Frauen zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei sowie Musterzeichnen und Zuschneiden
Percevalstraße 51, II., vor dem Bäckerhof

Herren

aller Stände, welche sich für eine erste deutsche Lebensversicherung als tüchtige Vermittler oder Agenten zu betätigen Neigung und Zeit haben, werden gebeten, ihre Adresse nebst kurzgefaßtem Lebenslauf einzuschicken unter D G 56 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht Dr. Zimmermann's „Großer deutscher Bauernkrieg“, Heft 26
Bogelaustraße 3a, II.

Zu kaufen gesucht eine 1/2 schlaf. Bett-stelle mit Sprungfedermatratze.
Df. m. Preisang. u. H St an die Exped

Gutgehende Krämerei mit Milch Niederlage ist fortzugshalber sofort oder 1. Oktober zu verk. Miete für Laden und Wohnung 300 Mk.
Df u A 80 an die Exped

Eine kleine Hängelampe und 2 Lehn-sühle billig zu verkaufen
Glandorffstraße 5.

Billig! Große saure Beringe, fein Billig!
fein mariniert, à St. 5 Pf.
Wiederverkäufer billiger. Fischergasse 61.

Tischlerarbeiten

jeder Art werden gut und billig ange-fertigt.
Salzmann & Hagemann
Schwanen Allee 123a.

Koksbricks

von Ia. westfälisch. Hartkoks.
bestes und billigstes Feuerungsmaterial für kleine Heizungen.
Zentner frei Haus Mk. 1.—
ab Lager Drehbrücke 90 Pfg.

Fernruf 242. **Christian Gäde**
Kontor Fischergasse 4 u.
bei der Drehbrücke.

Restaurant-Uebernahme.
Hierdurch einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die Nachricht, daß ich das bekannte Restaurant
Brömsen-Halle,
Breitstraße 44, Markthallen-Passage,
übernommen habe. Den regen Zuspruch, dessen sich das Restaurant seit langen Jahren erfreut, bitte ich, auch mir zu erhalten und gebe ich die Zusicherung bester und aufmerksamster Bedienung
Hermann Giesenberg.

Dankagung.
Mein Mann, der Arbeiter **H. Steffen**, ist am 5. April d. J. tödlich verunglückt. Er war durch Herrn **O. Kath**, Buchhandlung in Lübeck, **Glockengiesserstraße 22**, Abonnent des **illustrierten Familienblattes „Nach Feierabend“**, das für wöchentlich 20 Pfg. seinen Abonnenten Unfallversicherung bis zu 1500 Mk. bei Tod und Ganzinvalidität, bis zu 500 Mk. bei Halbinvalidität und Sterbegeld in Höhe von 40—100 Mk. gewährt.
Ich erhielt heute von der Nürnberger Lebensversicherungs-Bank bedingungsgemäß die Versicherungssumme von 1000 Mk. in bar und ohne jeden Abzug ausgezahlt, wofür ich hiermit öffentlich danke.
Lübeck, den 27. August 1906.
Kahlhorststraße 47.
Frau verw. Steffen.

Ich empfehle jedermann, das Familienblatt „Nach Feierabend“ bei obiger Firma zu abonnieren.

Allerfeinste Meiereibutter
Mk. 1.30 und 1.40.
Zweite Sorte Meiereibutter
Mk. 1.25.
Fernsprech. 473. **Th. Storm, Königstraße 98.**

Ringfreies Bier
Carl Schmidt, Cremserkamp 13.

Ia. schwedische Kronsbeeren,
täglich frisch, versendet per Post und Bahn
zum stets billigsten Tages-preise
Ludwig Hartwig,
Overtstraße 8.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.

Krummesser und Buntekuh-
Doppel-
Kümmel, Flasche 60 Pfg.
Auf jede Flasche 2
Rote Lubeca-Marken.
Johs. Breede, Dantwartzgrube 37.

Arbeiter-Abstinenter-Bund.
Mitgliederversammlung
am Donnerstag den 6. September
abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Achtung Fleischer!
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 5. Septbr.
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-
Versammlung
am Freitag den 7. September
abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Tarifkommission und die Affordarbeit.
3. Parteibericht.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag den 6. September. 7^{1/2} Uhr.
Letzte Wiederholung von
Otto Erich Hartleben's
Die Erziehung zur Ehe.
Freitag: Der Salontyroler.
Sonntag:
Der Weg zur Hölle.

Bericht des Parteivorstandes.

(Fortsetzung.)

In Hamburg gingen von 160 Mandaten der Landesgesetzgebung 80 aus den sogenannten allgemeinen Wahlen hervor, das heißt 80 Vertreter konnten von den Bürgern gewählt werden. Das Bürgerrecht erhält aber nur derjenige Staatsangehörige, der fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 Mark versteuert hat. Am 10. Mai 1905 hatte der Senat eine Vorlage eingebracht, nach welcher den Besitzern 104 Sitze gesichert werden sollten. Die Einleitung sollte wie folgt sein: 40 Abgeordnete werden von sogenannten Notabeln, Richtern, hohen Beamten usw. gewählt, acht sollte das Landgebiet und 72 sollten in der Stadt gewählt werden. Weiter wurde bestimmt: Bürger, welche mindestens drei Jahre hintereinander ein Einkommen über 6000 Mark versteuert haben, 24 Abgeordnete, die Bürger mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Mark 24 Abgeordnete, und die Bürger mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark auch 24 Abgeordnete wählen. Also das elende Dreiklassenwahlrecht, verschleiert durch den Ausschluß aller der Staatsbürger, die wegen ihres niedrigen Einkommens nie das Bürgerrecht erwerben und ferner verschleiert durch das Hausbesitzer- und Notabelvortrecht. Die Vorlage ging, nachdem sie in erster Lesung in der Bürgerschaft durchgelesen war, an eine Kommission, deren Bericht zum Reichstagesfest erschien. In der Kommission hatte man die zwei höchsten Klassen miteinander verschmolzen und eine folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: 40 Mandate für die Notabeln, 40 Mandate für die Hausbesitzer, 48 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark, 24 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von unter 2500 Mark und acht Mandate für das Landgebiet.

Das Erscheinen dieses Berichts wirkte auf die Bevölkerung wie Blitzschlag. Es trat eine Erregung ein, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat. In Protestversammlungen, Flugblättern usw. wurde dieser Streich gebührend kritisiert. Am 17. Januar, als in der Bürgerschaft die Entscheidung fallen sollte, hatten unsere Genossen zu nachmittags 4 Uhr eine Reihe von Protestversammlungen abgehalten. Bald nach Mittag füllten sich die Versammlungsorte. Die Beteiligung war so stark, daß fast sämtliche Stuben zum Stillstand kamen; selbst die Alsterdampfer, die den Verkehr zwischen Hamburg und den an der Alster gelegenen Orten vermitteln, wurden gleich nach Mittag angehalten und ihre Besetzung eile in die Versammlungen. Ruhig in der Form, aber entschieden in der Sache protestierte Hamburgs Bevölkerung gegen den Gewaltstreich. Der Versuch der Scharfmacherpresse, einen Krampf, der am selben Abend ausbrach, als Folge des Protestes der Hamburgs Arbeiter zu demütigen, scheiterte kläglich. In der Erkenntnis, daß dieses Treiben der Herrschenden Hamburgs keine Politik tragen könne, forsierte die Polizei das ganze Versammlungswesen. Am 31. Januar wurde ganz der Wahlrechtsraub in der Form durchgeführt, wie die Kommission in der Bürgerschaft es vorgeschlagen hatte.

In Sachsen kam fast gleichzeitig der lang zurückgehaltene G. O. der Arbeiter über den Wahlrechtsraub vom März 1896 mit elementarer Gewalt zum Ausbruch. Schon im Februar 1904 hatte die Regierung anerkannt, daß das jährige Wahlrecht unhalbar sei. Im September 1905 war die Wahlbewegung für die Landtagswahlen ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geworden. Mit der Beendigung der Wahl war in der Bewegung gegen das Wahlrecht ein Stillstand gekommen. Eine Verschärfung der Bewegung trat ein, als der Landtag Ende Oktober zusammentrat. Am 8. November erließ das Zentral-Agitationskomitee einen Aufruf, in dem die Genossen aufgefordert wurden, im ganzen Lande durch einheitliche Massendemonstration am Sonn-

abend, den 18. und Sonntag, den 19. November, die Forderung der Arbeiter bezüglich des Wahlrechts zu erheben. An diesen Tagen zeigte sich, wie das sächsische Proletariat den Wahlrechtsraub empfindet. Im ganzen Lande waren die Versammlungen überfüllt. Das Volk zeigte, daß es einmütig ist in der Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag. In Leipzig und anderen Orten kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen. In der Debatte über die von den Freisinnigen und National-Liberalen eingebrachten Wahlrechtsinterpellationen erklärte der Staatsminister v. Meißner am 27. November, daß es im wesentlichen beim Alten bleiben solle. Die Regierung werde weiter prüfen, aber keinen Entwurf einbringen, von dem sie annehme, daß er in der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Kammer abgelehnt würde. In derselben Sitzung kündigte Herr v. Meißner an, daß die Demonstrationen fortgesetzt werden, bis man dem Volke gebe, worauf es Anspruch habe. Am 3. Dezember fanden wieder große Massenversammlungen statt, die in Dresden, Chemnitz, Würzen, Plauen, Zwickau und anderen Orten zu großen Straßendemonstrationen führten. In Dresden kam es zu Kollisionen mit der Polizei, als die Massen in die Stadt einzogen.

Am 12. Dezember erklärte v. Meißner in der zweiten Kammer: „Die Regierung ist bereit, die Wahlrechtsfrage in eingehende Erwägung zu ziehen; sie wird auch nicht erman-gelt, sobald sie den Weg gefunden hat, die Initiative zu ergreifen. Sie würde aber dankbar sein, wenn sie bei diesen Bestrebungen von der Kammer unterstützt würde.“

Bisher hat die Regierung noch nicht den Weg gefunden. v. Meißner hat seinen Posten verlassen und an seine Stelle ist Graf Hohenhausen getreten. Mögen die Personen im sächsischen Ministerium wechseln, so oft sie wollen, das Proletariat wird auf seinen Forderungen bestehen, bis es das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht erzwungen hat.

Die Wahlrechtsbewegung wurde sozusagen international. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in Oesterreich-Ungarn und Rußland gütete es. In Oesterreich kam die Wahlrechtsbewegung in gewaltigen Straßendemonstrationen zum Ausbruch. Am 29. Oktober empfing der zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte General Tisza eine Deputation der verschiedensten Parteien und trug dieser sein Begonnen vor. Er erklärte in der Herrschaft der Wählenden und dem Ausschluß der Arbeiter aus der Regierung die Ursache der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit Ungarns. Sollte Ungarn in die Reihe der Kulturstaaten einrücken, dann könne es nur geschehen, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht einräumt.

Diese Rede wirkte weit über die Grenzen Ungarns hinaus. Jörnlich elektrisierend wirkte die Rede auf die österreichische Reichshälfte. Der bisherige Sturm gegen das bestehende Wahlrecht wurde zum Orkan. Auch in Rußland hatte die Revolution zwischen den Jahren zu dem bekannten Oktobermanifest gezwungen. Es war selbstverständlich, daß das russische Proletariat mit seinen Forderungen auftrat. War schon im Wahlkampf von 1903 und auf dem preussischen Parteitag im Dezember 1904 der Beschluß gefaßt, eine energische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten, so brach jetzt mit elementarer Gewalt eine Bewegung in diesem Sinne durch. Am 6. Novbr. wurde in Warschau beschlossen: „an den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, in Anbetracht der Vorgänge in Rußland und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammentritt des preussischen Landtages auch bei uns die Wahlrechtsfrage anzuzustellen sei. Im beschriebenen Falle sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Sonntag für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtage demonstrieren.“

Sowohl bei diesen Demonstrationen an Straßendemonstrationen gedacht war, stand dieser Beschluß im Widerspruch mit den Beschlüssen des preussischen Parteitages. Dort war beantragt, der Wahlrechtsresolution folgenden Zusatz zu

geben: „Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massen-demonstrationen größten Stils gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten.“

Dieser Antrag war aber vor der Übergroßen Mehrheit des Parteitages abgelehnt worden. Der Parteivorstand wies in einer am 10. November veröffentlichten Erklärung auf diesen Umstand hin, er beschloß aber, nun eine Agitation im Sinne der auf dem preussischen Parteitag beschlossenen Resolution einzuleiten. In Verbindung mit den Berliner Vertrauensleuten wurde beschloffen, ein Flugblatt in ganz Preußen zu verbreiten und gleichzeitig überall Versammlungen einzuberufen, in welchem gegen das bestehende Unrecht protestiert werden sollte. Dieser Plan fand auch im ganzen Lande begeisterte Zustimmung.

Am 14. Januar wurde das Flugblatt in circa 6 Millionen Exemplaren verbreitet. Der nächste Sonntag wurde als Tag für die Versammlungen bestimmt. Der Umstand, daß dieser Tag in der Geschichte der Revolutionen von besonderer Bedeutung ist, da am 21. Januar 1793 Ludwig XVI in Paris hingerichtet wurde, wie es auch der Jahrestag der Meißelung in St. Peterburg war, mochte dazu beitragen, die Persönlichkeiten besonders nervös zu machen. Ganz planlos wurden unsere Flugblätter forsiert. In demselben Flugblatt fanden die Staatsanwälte; nach ihrem Temperament alle erdenklichen Vergehen und Verbrechen, obwohl es doch nur sagte, was ist. Mit bürren Worten den sogenannten Rechtszustand in Preußen schildern, das ist aufreizend für die Masse. So kam es, daß die Konfiskations-befehle als Grund zur Konfiskation des Reichstages, Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten, Verdächtigmachung von Staatsbedienstungen, groben Unfug usw. abgaben und schließlich erklärten die Gerichte, daß weder Vergehen, noch Verbrechen vorlägen. Nur das Landgericht in Stargard hatte ein den staatsanwältlichen Anschauungen entsprechendes Rechtsurteil und verurteilte einige Genossen, die weder das Flugblatt geschrieben noch vor der Verbreitung gelesen hatten.

Der 21. Januar wurde ein Triumphtag für die Sozialdemokratie. In tausenden Versammlungen war das Volk zusammengetreten, um seiner Forderungen Geltung zu verschaffen. Zwar hatten die Scharfmacher gehofft, daß nun ein Tag gekommen sei, an welchem ein Aderlaß am Volke vollzogen werden könne. Die Vorbereitungen dazu waren überall getroffen worden, über diese Pläne wurden durch die Haltung der Massen durchkreuzt. Die Arbeiter zeigten dieselbe Ruhe und Entschiedenheit, mit denen sie auch das Sozialistengesetz zu Falle gebracht haben. Einmütig waren die Parteigenossen der Ansicht, daß die Bewegung fortgesetzt werden müsse. So wurden der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht.

Das preussische Ministerium glaubte jedoch das Volk noch verhöhnen zu müssen, denn nur als einer Hohn kann man die beiden Vorlagen, durch welche das Dreiklassenwahlrecht, welches noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, abgeändert wird, und die das Dreiklassenparlament, getreu seinem Charakter, annahm. Aber die Bewegung ist in Fluß. Die Arbeiterklasse Preußens wird nicht ruhen und rasten, bis sie ihr Staatsbürgerrecht erobert hat. Der Landtag beschloß über Fragen, welche das Interesse der Arbeiter betreffen und er entscheidet immer so, wie in jedem Scharfmacherklub auch entschieden werden würde. Das hat er bei seiner Stellungnahme zum Berggesetz, zum Knappschaftsgesetz, zum Gesetz über die Unterhaltung der Volksschule usw. bewiesen.

Der Landtag hat weiter über die Lage der sächsischen Arbeiter zu entscheiden, deren Zahl bereits auf 750 000 angewachsen ist. Aber er versucht auch auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung überzugreifen. Am 3. Februar forderten die Abgeordneten Schröder, Essel (natl.) Schmedding vom Zentrum und die Konservativen, daß die Unfallrenten von weniger als 25 Proz. der Volkrente nicht mehr ausbezahlt

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(23. Fortsetzung.)

Auf einem anderen Felde stand ein Bursche. Man sah, er suchte ein Gespräch, um einen Vorwand zum Feiern zu haben.

„Manevorle!“ rief er, „du lang'st wohl schon auf die Kirchweih los?“

„Ja,“ sagte die Heiterethei. „Gewaschen bin ich seitig, wenn du anfängst. So bleiben wir im Gesicht.“

„Auf einer Wiese lachte man den Abgerichtigten aus.“

„Wann wird der einmal eine geistige Antwort fehlen!“ rief er.

„Wenn du einmal eine hast,“ entgegnete die Heiterethei. „Das geschieht in sieben Jahren nicht.“

Der Gurken Kaiser lag noch hinter ihr her: „Die Tag' war mir's immerfort, als war der Kreuzberg nicht mehr an seiner Stell' es war mir was, und ich hab doch nicht gewußt, wo ich's hinstun soll. Nun merk ich's erst; das ist gekommen, weil die Heiterethei nicht mehr so getanz't ist, wie sonst.“

Wir kehren zum Holders Feig zurück, das wir, durch den Anproll der Heiterethei vom Urtschlag herabgestürzt, im Behntsch unter sinkend verließen.

Nicht lange, und keine Waise mehr hing über ihm auf, der Wasserpiegel schloß sich über ihm und zeigte gleichmütig der stillen Nacht ihr Bild. Zu plötzlich war es aus seinen Sehnsuchtsgebanken herausgerissen worden, zu unermutet war der Angriff des Mädchens gekommen, zu schnell der betäubende Sturz und das erstickende Einatmen des schlammigen Wassers darauf gefolgt. Er wußte kaum, was ihm geschah und wo er war, und auch der letzte Reiz der Befinnung mußte ihn verlassen, hob ihm nicht in dem Augen-

blicke, der über Leben und Tod entscheiden sollte, ein instinktmäßiges Auffommen der Hände auf dem feuchten Grunde des Sumpfes, Kopf und Brust über die Wasseroberfläche empor und ließ sie da fest, bis das Eingeschluckte durch Mund und Nase wiederum herausgestoßen war. Das Dunkel vor den Augen schwand; die grüne Schlange wälzte sich von seiner Brust herab, so wie diese flut des harten, kalten, gurgelnden Dinges wiederum die weiße Sommernachtluft einsog, und ringelte sich glückend und rieselnd um ihm weg, bis er gewahr wurde, sie sei nichts anderes als der allbekannte Behntsch, und er selber liege bis an die Brust in des Nachts Wasser. Was über ihm schwarz vom blauen Nachthimmel sich abzeichnete, war der Urtschlag, auf dem er kaum vor einer Minute noch gestanden. Er besann sich, was er eben getan und wie er heruntergekommen sei, und konnte erst nichts finden, als über ihm vorbei rasend ein bleiches, wildes Mädchen Gesicht mit rollenden braunen Augen und zusammengepreßten Lippen, durch die weitgeöffneten Näseln schwer, rasch und hörbar atmend. Er griff mit beiden Händen nach dem Steg, um sich auf ihn hinaufzuschwingen; aber der Schmerz, der von der rechten Hand bis zum Herzen stehend zuckte, machte ihm das unmöglich. Er mußte eine Stelle suchen, wo das Ufer leichter war, und über einen Teil der Wiese, um wieder auf den Weg zu kommen.

Mühsam fand er endlich zusammen, was an und in ihm vorgegangen in dem Augenblicke zwischen seiner harrenden Sehnsuchtsgebanken und dem Sturz in das Wasser. Er hatte dem so plötzlich auf ihn zustürzenden Schicksal unwillkürlich den Arm entgegengeföhrt, und war durch den Stoß des Fuhrwerks gegen seine Hand über den Rand des Steges gedrängt worden. Die Verletzung an dem ersten Finger derselben abgerechnet, konnte der Hergang nicht glücklicher für ihn ausgefallen sein. Aber seine erste tief herauf quellende Empfindung war: „Wärst du doch liegen bleiben im Bach!“

Er wußte nicht, war der pressende Schmerz im Herzen und krallte bis in die Hand, oder war er in des Fingers und zuckte von da bis in die Brust hinein. Wie seine Seele rang zwischen Jörn und Schmerz, er fand nur die Frage: „Was hast du ihr getan?“ Er empfand mit einer Art schmerzlicher Lust ihr ganzes Unrecht an ihm durch, und anstatt ihn frei zu machen von seiner Liebe zu ihr, trieb es diese nur zu größerem Wachstum. Es scheint dies wunderbarlich, aber es ist's nicht. Oft macht, was wir vorans haben vor anderen, uns sie zu lieben geneigt, während wir, im Bewußtsein, gegen andere im Unrecht zu stehen, in ihnen das Gefühl unseres Zurückgehens heffen. Aber seinem Stolze kam eine ganz unerwartete Hilfe.

Er hörte schadenfroh lachen. Jörnig wandte er sich und fand den Pappelschneider hinter sich stehen. So hatte das Tier, das dem Holders Feig alles zum Poffen tat: die Beute, auch hier ein Auge und ein Ohr gehabt. Und was dieses heute gehört, das wußte morgen das ganze Tier. Da stand der alte Groll wieder auf seinen Beinen und machte den Holders Feig dem Schmerz der Liebe freitig.

„Nu kann man wohl lachen,“ sagte der Schneider; „denn wie man sieht, hat dir das“ — er machte die Bewegung des Schwingens — „n'z gesch'ht. Ja, das ist ein Teufelsmüde, das!“

„Wer?“ fragte der Feig, der nicht geahnt, einen Jungen seines Sturzes zu haben, wild.

„Doch ich doch,“ entgegnete er; Schneider, noch stäcker lachend, „du wußt'st, wen ich mein. Spürt'st sie wohl noch in allen Gliedern, denk ich. Kreuzelement, muß dir die einen Schwung gegeben haben, daß du so weit vom Steg bist geflogen! Mach mir n'z weis, Feig. Weiß die ganz' Stadt, du hast ihr ansehlauert schon eine Wochen lang. Sie hat einmal sollen sein, sie ist nicht die allwissend' und nimmt's mit jedem Mannsbild auf. Sie hat sollen sein,

